Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 119. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 23 Mai 1928

Kampf um die Macht.

Man geht daran, praktisch das Fazit aus der Wahlentscheidung zu ziehen, also darüber zu verhandeln, wie die künftige Regierung aussehen soll. Schon nach den ersten Auslassungen der führenden Parteiblätter und angesichts des Wahlresultats auch recht selbstverständlich dürfte eine Regierung der Großen Koalition gebildet werden. Der von mancher Seite angedeutete Wunsch nach der „Weimarer Koalition" ist rasch wieder beiseitegelegt worden, weil das Zentrum neben der allzustarken Sozialdemokratie mit der es dann, abgesehen von den Demokraten und einigen kleinen Gruppen, allein zusammensitzen würde, kaum recht zu Einfluß kommen würde. Außerdem wäre dann die parlamentarische Mehrheitsbasis allzu schmal und allzu unsicher.

Die Sozialdemokratie wird, wie ganz unzweideutig schon vor der Wahl gesagt wurde, „die Verantwortung zu übernehmen bereit" sein. Aber darüber hinaus scheint sie ihren Sieg auch voll ausnutzen zu wollen zu einem weitgehenden Ausbau ihrer Machtstellung. Bisher hatte z. B. das Zentrum, einschließlich der Bayerischen Volkspartei, vier Minister in der Reichsregierung sitzen, die außerdem Leiter der wichtigsten Ministerien waren. Bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts dürfte es kaum alle diese Sitze behalten; die Erörterungen hierüber drehen sich natürlich vor allem um die Person des künftigen Reichskanzlers. Da ist nun ein eigenartiger Gedanke wieder aufgenommen worden, der ja im vorrepublikanischen Deutschland fast immer verwirklicht war, übrigens auch im letzten Wahlkampf eine erhebliche Rolle spielte: die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Person. Geschieht das, so wäre hierfür wohl zweifellos der jetzige Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, bestimmt, ohne daß man allerdings dabei das Widerstreben übersehen darf, das in Süddeutschland gegen diese „Verpreußung" des Reiches zweifellos herrscht, aber sich gegenüber einer dies energisch anstrebenden Sozialdemokratie kaum wird durchsetzen können.

Die Idee, etwa wieder in der Art regieren zu wollen, wie Dr. Marx und vorher Dr. Luther es getan haben, nämlich sich nur auf eine Minderheit der Mitte zu stützen und sich jeweils von rechts oder von links die notwendige parlamentarische Unterstützung zu suchen, ist jetzt ganz zur Unmöglichkeit geworden, da ja auch diese Parteien geschwächt aus dem Wahlkampf herausgekommen sind, außerdem die Sozialdemokraten sicherlich nicht mitmachen würden. Ebensowenig wie die Rechte, deren Opposition jetzt zweifellos recht scharf werden wird. Haben sich doch überhaupt die Gegensätze zwischen rechts und links nicht bloß im Wahlkampf sehr erheblich zugespitzt, und das wird sich im Reichstag bald deutlich genug äußern, auch infolge des Wiederanwachsens der Kommunistischen Partei. Schwierigkeiten genug wird es auch trotzdem machen, ein fest umrissenes Programm aufzustellen.

Nach Pfingsten wird das ernsthafte Verhandeln losgehen; hoffentlich bleibt diesmal Deutschland von einer längeren Regierungskrise verschont!

Deutscher Verteidiger in Moskau abgelehnt

Eröffnung der Beweisaufnahme.

Der Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den deutschen Rechtsanwalt Munte als Verteidiger für den Angeklagten Meyer im Moskauer Ingenieurprozeß zuzulassen, wurde vom Gericht abgelehnt. Der Staatsanwalt erklärte, daß gegen die Zulassung keine sachlichen, sondern nur formale Bedenken vorlägen, da nur russische Gewerkschaften das Recht hätten, Verteidiger zu verlangen.

Die Ablehnung des Rechtsanwalts Munte bedeutet insofern eine Enttäuschung, als den Gewerkschaften allgemein nach russischem Gesetz die Bestellung eines Verteidigers eingeräumt wird.

Nach Eröffnung der Beweisaufnahme gab einer der Hauptangeklagten, Beresowski, ein Ingenieur aus der Zarenzeit, der in der Anklageschrift als Kapitalist von 20 000 Rubel bezeichnet wird, ein Schuldbekenntnis ab, das lediglich seine Gesinnung und nicht Tatsachen betraf. Beresowski war nach seinen Angaben der Überzeugung, daß das Sowjetregime vorübergehend sei. Er glaubte daher, pflichtgemäß zu handeln, wenn er den Weisungen früherer Grubenbesitzer folgte. Aus seiner Darstellung ging hervor, daß er kein Verbrechen beabsichtigt hat, sondern durch das gegenrevolutionäre Verhalten seiner Kollegen mitgerissen worden ist. Er gab zu, den Weisungen der früheren Grubenbesitzer, die die Grubenausbeute möglichst verringern wollten, gefolgt zu sein. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß Beresowski dafür Geld genommen hat.

Spannung zwischen Rußland und Japan

Kowno, 23. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, mißt man der Erklärung Tschitscherins über die japanische Chinapolitik in politischen Kreisen die größte Bedeutung bei. Die Erklärungen dokumentieren die Ablehnung der japanischen Politik in China und zeigten gleichzeitig Sympathie für Tschangtsolin und für die Nanking-Regierung. Es verlautet, daß die Sowjetregierung bereit sei, die Hanking-Regierung anzuerkennen, wenn diese die Ermordung des Generalkonsuls Hocis regele. In Anbetracht dessen, daß Japan wohl kaum dieses Interview ohne Entgegnung lassen werde, erwartet man eine Zuspitzung der Beziehungen.

Die neuen Parlamente

Wahlnachklänge.

1,1 Millionen Stimmen verloren.

Die Aufregung, die jeder Wahlkampf mit sich bringt, ebbt langsam ab. Interessante Einzelheiten, die in der ersten Hitze des Gefechtes nicht beachtet wurden, werden jetzt unter die kritische Lupe genommen. So hat es sich bei der Verteilung der Mandate für den neugewählten Reichstag herausgestellt, daß über eine Million Stimmen vollständig unter den Tisch gefallen sind, d. h., bei der Auszählung als wertlos beiseitegelegt werden mußten.

Nach der vorliegenden Übersicht haben von den 31 Parteien, die sich um Reichstagsmandate bewarben, nur 14 Parteien Mandate erhalten. Insgesamt sind 801 161 Stimmen von Parteien, die kein Mandat erhalten haben, zersplittert. Das ist ein Verlust von 12 Mandaten, der auf diese Weise entstanden ist. Wenn außerdem berücksichtigt wird, daß bei der Volksrechtpartei nur zwei Abgeordnete ein Mandat erhalten, so ergibt sich daraus noch eine Stimmenzersplitterung von weiteren 360 000 Stimmen und ein weiterer Mandatsverlust von sechs Mandaten, so daß insgesamt 1 167 774 Stimmen nutzlos abgegeben worden sind und 19 Mandate verloren wurden als Folge der Zersplitterung in kleine und kleinste Parteien, die nicht die nötige Stimmenzahl aufbrachten, um einen Sitz beanspruchen zu können.

Kein polnischer Abgeordneter.

Niederdrückender Eindruck in Warschau.

In Oberschlesien hat sich bei den Wahlen ein bemerkenswerter Rückgang der polnischen Stimmen gezeigt. Für den Preußischen Landtag wurden im Jahre 1924 noch rund 42 000 Stimmen abgegeben, diesmal nur rund 30 000. Die Folge ist der Verlust des polnischen Mandats im Preußischen Landtag, für das die vor vier Jahren erzielten Stimmenzahlen gerade ausreichten und mit dessen Hilfe sie 1924 noch ein zweites Mandat auf den Landeslisten erreichen konnten. Die Polen werden also jetzt nicht nur im Reichstag ohne Vertretung sein, wo sie bisher schon keinen Sitz hatten, sondern sie sind auch im Preußischen Landtag ohne Mandat. — Die Tatsache, daß die Polen nicht nur kein Mandat für den Reichstag gewonnen, sondern auch die beiden, die sie bisher im Preußischen Landtag innehatten, verloren haben, hat in Warschau einen niederdrückenden Eindruck hervorgerufen. Um den unangenehmen Eindruck zu verwischen, wird versucht, den Mißerfolg der polnischen Liste einem angeblichen Wahlterror, der gegen die Minderheiten geherrscht haben soll, zuzuschreiben.

Neue Männer im neuen Reichstag.

Geh. Oberfinanzrat Dr. Bang (Dtn.).

General von Lettow-Vorbeck (Dtn.).

General von Epp (Nat.-Soz.).

Chefredakteur Dr. Bernhard (Dem.).

Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold (Dem.).

Der Zusammentritt des Preußischen Landtages.

Wer wird Präsident?

Der neue Preußische Landtag wird voraussichtlich in der Woche vom 11. bis 16. Juni zusammentreten; als Termin wird der 12. Juni genannt. Ein früherer Termin wird schon deshalb nicht in Frage kommen können, weil die endgültige Feststellung über die Zusammensetzung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Insbesondere muß abgewartet werden, ob sich bei Doppelmandaten die in Frage kommenden Abgeordneten für die Landesliste oder für den Wahlkreis entscheiden. Erst wenn völlige Klarheit besteht, wird die Staatsregierung den Termin für die erste Sitzung des Landtags festsetzen können.

Landtagspräsident Bartels ist aus Baden-Baden zurückgekehrt; sein Gesundheitszustand hat sich erheblich gebessert. Da die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion auch im neuen Landtag den Präsidenten stellen werden, bleibt es abzuwarten, ob Bartels mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auch für den neuen Landtag in Frage kommt. Sollte das nicht der Fall sein, so wird die sozialdemokratische Fraktion, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, den Abgeordneten Leinert nominieren, der ja bereits früher Landtagspräsident gewesen ist.

Die bayerischen Landtagswahlen.

Nach dem jetzt vorliegenden vorläufigen amtlichen Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern wird sich der neue Landtag folgendermaßen zusammensetzen:

Sozialdemokraten	34	Mandate
Deutschnationale	13	„
Deutsche Volkspartei	4	„
Kommunisten	5	„
Bayerische Volkspartei	46	„
Nationalsozialisten	9	„
Bayerischer Bauernbund	17	„

Da die Mandatsverteilung in den einzelnen Fällen nur auf sehr geringen Zahlenunterschieden beruht, können schon ganz geringfügige Abweichungen bei der endgültigen Feststellung der Ergebnisse, wie das zum Teil unvermeidlich ist, zu einer Veränderung der Ergebnisse um ein oder das andere Mandat führen. Bei den Ergebnissen des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes treten verschiedene Unterschiede in den Kennworten zutage. Das kann unter Umständen dazu führen, daß es im Landtagswahlausschuß zu einer Änderung des Ergebnisses kommt.

Da dieses Ergebnis die mutmaßliche Verteilung der Restsitze der Landtagsmandate einschließt, haben die Sozialdemokraten mit einem Gewinn von neun, die Deutschnationalen mit einem Gewinn von einem, die Deutsche Volkspartei von zwei, die Nationalsozialisten von drei und der Bauernbund von fünf zu rechnen.

Die Bayerische Volkspartei wahrt ihren Besitzstand. Der Völkische Block verliert sämtliche zwölf, die Kommunisten verlieren zwei und die Demokraten drei Mandate.

Deutschnationale Erklärung.

Über die politische Bedeutung des Wahlausfalls verbreitet sich eine Auslassung der deutschnationalen Pressestelle. Darin heißt es: „Die Zersplitterung des Bürgertums hat den auf Grund der Oppositionsstellung der Sozialdemokratie zu erwartenden Erfolg vergrößert. Fast alle alten bürgerlichen Parteien haben Verluste erlitten. Die Mitte wie die Rechte sind geschwächt aus dem Kampfe hervorgegangen. Die praktische Arbeit wird im neugewählten Reichstage außerordentlich erschwert. Das Gleichgewicht der Kräfte ist zerstört. Nur ein Zusammenschluß der Rechten in einheitlicher Front kann eine Besserung bringen. Wer die Wirklichkeit ins Auge faßt, muß erkennen, daß die Notwendigkeit und die Folgerichtigkeit der Politik der Deutschnationalen Partei zwar von den Wählern nicht genügend erkannt ist, daß aber die Macht der Tatsachen sie neu bestätigen wird."

Die Mandate der Wirtschaftspartei.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) stellt fest, daß fast alle Angaben über die von ihr errungenen Sitze im Reichstage falsch sind. An einigen Stellen wird z. B. die frühere Mandatszahl mit 21, an anderen mit 17 angegeben. Dazu muß festgestellt werden, daß die Wirtschaftspartei im letzten Reichstag nicht über 21 oder 17, sondern nur über 14 Mandate verfügte. Lediglich die Fraktionsgemeinschaft „Wirtschaftliche Vereinigung" (Wirtschaftspartei, Hannoveraner und Bayerischer Bauernbund) verfügte über 21 Sitze. Bauernbund und Hannoveraner aber waren damals und sind heute noch selbständige Parteien, deren Abgeordnete nie zur Wirtschaftspartei gehörten und dieser daher auch nicht zugerechnet werden können. Die Wirtschaftspartei hatte also im letzten Reichstag nur 11 Sitze inne. Sie hat jetzt 23, infolgedessen nicht 2, sondern 12 Mandate gewonnen.

Deutscher Schutzbund für Auslandsdeutsche

Tagung in Duisburg-Essen.

Die neunte Bundestagung des Deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutschtum nahm ihren Anfang mit einer Ansprache im Duisburger Rathaus. Oberbürgermeister Dr. Jarres begrüßte die zahlreich auch aus dem Ausland Erschienenen mit herz-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF